

Wissenschaften in Zeiten der Pandemie

Eine Interviewserie des Leopoldina-Zentrums für Wissenschaftsforschung

Dr. Jan-Martin Wiarda im Gespräch mit Prof. Dr. Petra Dobner, am 30. Oktober 2020

Es gilt das gesprochene Wort, vgl.

https://www.youtube.com/watch?v=QqFFCYh7m5w&list=PLaCuDJ8AkAoMZM1nO_WPLE7n8oxlsx8yL&index=1

Herzlich willkommen zum ersten Interview der Reihe „Wissenschaften in Zeiten der Pandemie“. Die Interviewserie wird vom Zentrum für Wissenschaftsforschung der Leopoldina durchgeführt. Wir alle bemerken, dass die SARS-CoV-2-Pandemie unseren Alltag, die Wirtschaft und das Gesundheitssystem stark verändert. Doch wie wirkt sich die Pandemie auf die Wissenschaften aus? Welche Veränderungen sehen oder erwarten wir im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung der Wissenschaften? Wie verschiebt sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik? Solche und ähnliche Fragen werden wir in einer Serie von Interviews zu beantworten versuchen. Dabei werden jeweils Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gebeten, nicht aus der eigenen Erfahrung zu berichten, sondern ihre neuesten Forschungsergebnisse zu diskutieren. In der ersten Folge der Reihe spricht der Wissenschaftsjournalist Jan-Martin Wiarda mit Petra Dobner. Sie ist Professorin für Systemanalyse und vergleichende Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

WIARDA: Frau Dobner, die Corona-Pandemie ist ein einschneidendes Ereignis, gesundheitlich, politisch, ökonomisch, soziologisch. Die Frage, die sich stellt, ist, inwieweit wird sie auch das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft langfristig verändern? Lässt sich dazu schon etwas sagen, Frau Dobner?

DOBNER: In die Zukunft kann ja im Augenblick kaum jemand wirklich gucken. Wir wissen ja, wie wir alle in den letzten Monaten erlebt haben, heute selten, was morgen oder übermorgen der Fall sein wird, insofern ist es zwangsläufig spekulativ. Ich glaube, worauf man aber gucken kann, ist, was hat sich jetzt eigentlich in diesen vergangenen Monaten geändert an dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. Und ich sehe da als Einstieg vier verschiedene Dimensionen. Das Erste ist, wenn man sich die Wissenschaft als Prozess anguckt, dann haben wir in den vergangenen Monaten sozusagen eine Livebeobachtung wissenschaftlicher Erkenntnisweisen beobachten können. Also die Öffentlichkeit, die Gesellschaft, auch die Politik war permanent konfrontiert mit

Fehleinschätzungen, mit dem Ringen um gesicherte Wahrheiten, mit dem Umwerfen von vermeintlich sicheren Wahrheiten et cetera. Und die ganze Öffentlichkeit schaut sozusagen auf die Wissenschaft, dazu komme ich später noch, im Werden und ist sozusagen beim Forschungsprozess und dessen Scheitern live dabei. Und mein Eindruck ist, das hat verschiedene Folgen. Also das schafft sicherlich bei einigen erst mal Sympathien. Es fördert also eben auch wegen der teilweise kurzen Haltbarkeitsdauer solcher wissenschaftlicher Erkenntnisse vermutlich auch eine erhöhte Skepsis gegenüber dem Stand der Wissenschaft. Diese Erkenntnisveränderungen passieren extrem schnelllebig. Also vor zehn Monaten haben wir das Wort Corona nicht mal gekannt. Und in diesen zehn Monaten oder wie viele es jetzt langsam sind, an die zehn, sehen wir in sehr, sehr kurzer Folge sich verändernde Erkenntnisstände. Das ist das Erste. Das Zweite, diese jeweiligen Erkenntnisstände sind nicht bezogen auf einzelne, sondern sie betreffen immer die globale Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Ich glaube, dass es einen Effekt hat, wenn man zum Beispiel sagt, was weiß ich, man nimmt so was wie gute Fette, schädliche Fette, Cholesterin ja oder nein, dann trifft es einzelne Menschen an irgendeinem Punkt in ihrem Leben und wenn dann zehn Jahre später eine andere Erkenntnis kommt, dann ist es eben eine andere Erkenntnis, die für viele eigentlich gar keine Folgen mehr hat, sondern dann hat sich eben was geändert. Aber in dieser Kürze erlebt es die ganze Gesellschaft quasi in kurzem, sehr hohem Tempo. Die dritte Eigentümlichkeit ist, dass keiner ungeschoren davonkommt. Also niemand kann sich diesen Erkenntnissen entziehen. Also wenn es um andere Frage geht, schadet Muttermilch ja oder nein, dann betrifft es nicht die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit jetzt sofort, sondern eben einzelne. Aber jetzt sind alle sofort betroffen und kommunizieren entsprechend auch darüber. Und haben sozusagen auch im gesellschaftlichen Prozess über die Relevanz oder Nichtrelevanz und die Bedeutung von Wissenschaft. Und der vierte Punkt: Diese Maßnahmen sind ja zwangsbewirkt oder die Erkenntnisse sind direkt an Politik gekoppelt. Und von daher auch nichts, wo man sagen kann, das glaube ich jetzt nicht oder das ist mir egal, sondern ob man das jetzt glaubt oder nicht glaubt, wird man direkt mit den politischen Folgen, der politischen Umsetzung konfrontiert. Das scheint mir eigentümlich zu sein.

WIARDA: Und auch das Letzte macht natürlich etwas mit dem Verständnis von Wissenschaft durch die Gesellschaft, weil die Gesellschaft plötzlich sich auch unter einem Zwang sieht, der durch vermeintliche oder tatsächliche wissenschaftliche Erkenntnisse ausgelöst wird. Sie haben viele sehr spannende Punkte angesprochen. Ich würde gern zu dem Ersten kommen. Dass die Wissenschaft ja ihren Erkenntnisprozess deutlicher macht, dass die Gesellschaft beobachtet im Laufe der Corona-Pandemie, wie der Erkenntnisprozess von Wissenschaft läuft. Und ich habe verstanden auch ein Stück weit vielleicht desillusioniert wird, weil sie vielleicht eine andere Vorstellung von Wissenschaft hatte, nachdem Motto, die Wissenschaft

hat festgestellt und plötzlich merkt sie, die Gesellschaft, och, die Wissenschaft weiß gar nicht alles von Anfang an. Ist das eine Art von Desillusionierung, Frau Dobner?

DOBNER: Das vermute ich. Also ich kann jetzt auch nicht sozusagen in die Köpfe der Gesellschaft gucken, aber ich vermute und wir erleben das ja teilweise auch in den öffentlichen Reaktionen - denken Sie an die Corona-Leugner oder Demonstrationen, die auch teilweise sehr unterschiedlich motiviert sind - aber ich könnte mir auch vorstellen, dass eine sicherlich auch schon vorher vorhandene Wissenschaftsskepsis dadurch befördert wird, dass man A sieht, da werden Irrtümer gemacht. Also wenn Sie an die Masken denken, das war vor acht, neun Monaten hat jemand gesagt, haben alle gesagt, ach, die Masken, die bringen es nicht, heute geht gar nichts mehr ohne Maske. Natürlich übt es auch einen Druck auf die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft aus. Es gibt aber noch was anderes, glaube ich, was das auch befördert und das wäre sozusagen die zweite Dimension, die jetzt spezifisch ist, nämlich die Wissenschaft als Politiktreiber. Ich kann mich nicht entsinnen an eine Zeit in meinem Leben, dass so eins zu eins ein bestimmter wissenschaftlicher Erkenntnisstand direkt zum politischen Handeln geführt hat. Also wenn Sie an diese Zahlen denken, 50 Infizierte pro Hunderttausend Einwohner und sofort erfolgt eine darauf abgesetzte politische Maßnahme. Die Zahlen sind dann auch veränderlich, aber auch das, glaube ich, hat noch mal einen Effekt auf die Frage, wie glaubwürdig die Wissenschaft ist, weil die Wissenschaft an dieser Stelle direkt gekoppelt wird mit politischen Maßnahmen. Und die mögliche Ablehnung dieser Maßnahmen auch gleichzeitig ein Moment werden kann in der Ablehnung des wissenschaftlichen Erkenntnisstands. Also da ist die Wissenschaft sozusagen sehr mächtig einerseits, aber damit auch sehr verwundbar, weil sie sozusagen direkt an der Umsetzung gemessen wird.

WIARDA: Und was sagt das über die Politik aus, die jetzt plötzlich so schnell wissenschaftliche Erkenntnisse und sind sie noch so vorläufig in Politik umsetzen, politische Maßnahmen umsetzen. Ist das ein höherer Grad an Reife, der erreicht worden ist im Sinne evidenzbasierter Politik? Oder ist es ein Zeichen auch für die Ratlosigkeit von Politik, dass sie dann sehr schnell im Grunde auf wissenschaftliche Erkenntnisse so zurückgreifen möchte? In anderen Fällen tut sie es ja oft nicht. An der Stelle tut sie es jetzt.

DOBNER: Also vielleicht bleibt ihr im Augenblick gar nichts anderes übrig. Und vielleicht muss man auch an der Stelle noch mal differenzieren, es geht ja auch nicht um *die* Wissenschaft, sondern es geht insbesondere um *eine* Wissenschaft, nämlich die Medizin. Und insofern muss man, glaube ich, alles, was wir jetzt grade sagen, doch noch mal neu aufrollen und sagen, es gibt nicht einfach die Wissenschaft, die jetzt politiktreibend wird,

sondern es gibt eine Differenzierung der Wissenschaften, es gibt in diesen Prozessen die Medizin, jetzt vielleicht noch ein paar angrenzende Felder, so mächtig wird, gibt es gleichzeitig andere, die ins Hintertreffen geraten. Wenn Sie an Klimaforschung denken, da spricht im Augenblick gar kein Mensch mehr drüber. Das heißt, es ist nicht die Wissenschaft, sondern es sind Teile der Wissenschaft, die jetzt wirkmächtig werden. Wahrscheinlich weil eben der Politik gar nichts anderes übrigbleibt.

WIARDA: Was macht das mit diesen Disziplinen, mit diesen Teilen der Wissenschaft, die plötzlich so wirkmächtig werden? Die werden dadurch eventuell oder wahrscheinlich auch politischer. Sie müssen anders agieren in ihrer Kommunikation, wenn sie merken, dass die Politik unmittelbar auch ihre Erkenntnisse umsetzt. Was macht das mit der Wissenschaft in ihrer Wissenschaftlichkeit, Frau Dobner?

DOBNER: Ich bin keine Medizinerin, insofern kann ich mich da nur versuchen reinzuversetzen. Aber wenn ich wüsste, dass meine Wissenschaft einen direkten politischen Effekt hätte, dann würde ich Hundertmal noch mehr prüfen, ob das jetzt wirklich gesichert ist, was ich da von mir geben kann einerseits. Andererseits diese Kurzlebigkeit und die Tatsache, dass da eben sozusagen sehr schnell immer Erkenntnisse gefordert werden, kann natürlich auch genau zu einer Vernachlässigung dieser Sorgfalt führen, das will ich jetzt den Medizinern überhaupt nicht unterstellen, aber es verschärft eben auch die innerwissenschaftlichen Konflikte. Das ist ja vielleicht auch noch mal ein Punkt, auf den man gucken muss. Ist ja nicht so, dass wir die eine Erkenntnis haben, die dann zutrifft, sondern wir sehen es jetzt grade in der Auseinandersetzung über Krankenhausbetten und wie soll man jetzt eigentlich, und neuer Lockdown oder nicht Lockdown, dass auch die Ärzte untereinander keineswegs derselben Meinung sind, sondern - das ist vielleicht auch noch mal ein Effekt, weil sie so direkt eingebunden sind in die politischen Maßnahmen - möglicherweise auch nicht völlig frei davon sind, sozusagen diese beiden Stränge, die eben unlösbar miteinander verknüpft sind, in ihrer eigenen Forschung jeweils entkoppeln zu können. Man erwartet ja auch von ihnen Vorschläge.

WIARDA: Hinzukommen ja auch noch mal Konflikte zwischen den ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, weil die Pandemie gesundheitliche Folgen hat, aber die Bekämpfung der Pandemie hat wiederum Folgen, die andere Wissenschaften beschreiben können. Man könnte als Beispiel die Bildungsforschung nehmen, man könnte als Beispiel auch die Rechtswissenschaft nehmen, wenn es um Einschränkungen von Grundrechten geht uns so weiter. Und auch dort stellt sie sicherlich aus Sicht der Politik die Frage, wie können wir eigentlich die Gewichte, die die Erkenntnisse der einzelnen Wissenschaft über

die einer anderen Wissenschaften gewichten. Kann man das als Politik überhaupt seriös tun, indem man sagt, deine Erkenntnisse Wissenschaft A sind wichtiger als deine Erkenntnisse Wissenschaft B?

DOBNER: Ich weiß nicht, ob es da sozusagen einer Gewichtung innerhalb der Wissenschaften gibt, sondern wir sehen Entscheidungen im Bereich der politischen Maßnahmen, die dann indirekt quasi in den Wissenschaften reflektiert werden. Also Sie haben es grade angedeutet, die Rechtswissenschaft/ sozusagen das Verfolgen medizinischer Kenntnisse ist keine Missachtung der Rechtswissenschaft, aber die Entscheidung einen Lockdown aus medizinischen Gründen oder aus Volksgesundheitsgründen oder wie man es nennen will, zu befürworten geht mit einer Relativierung grundrechtlicher Freiheiten ein, wie sie in den Rechtswissenschaften reflektiert werden. Aber ich würde nicht sagen/ und sie geht eben auch mit Folgen einher zum Beispiel für die Bildung, für Schulen, für auch dann soziale Verhältnisse und so weiter. Also es werden eine Menge Folgen in Kauf genommen im Bereich des politisch Möglichen, die dann Effekte auch haben oder reflektiert werden in den jeweiligen Wissenschaften. Aber ich glaube nicht, dass man jetzt daraus ableiten kann, dass es sozusagen eine Höhergewichtung der Medizin gegenüber der Bildungsforschung oder der Rechtswissenschaft gibt. Ich glaube, das würde zu weit gehen.

WIARDA: Es ist wie gesagt wieder ein Blick in die Zukunft, wir wissen nicht genau, was sein wird. Aber die Frage, die sich natürlich schon stellt, ist, ändert sich Staatlichkeit, ändert sich Staatsverständnis, ändert sich politisches Agieren langfristig dadurch, dass plötzlich die Wissenschaft diese andere Rolle spielt in politischen Diskursen? Ist im Grunde politisches Entscheiden künftig anders als es in der Vergangenheit war? Oder ist es so, dass das jetzt aus der Not geboren ist und die Politik wird schon wieder ihren eigenen Logiken folgen, wenn die Pandemie vorbei ist?

DOBNER: Ich glaube nicht, dass die Politik vorher frei war von wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern wir haben da große Expertengruppen im Bundestag, in den Regierungen. Es gibt immer schon oder gab immer schon sozusagen auch wissenschaftliche Beratungen auf allen Ebenen, in denen Politik gemacht wurde. Insofern ist das jetzt nicht wirklich neu. Und mein Eindruck ist, dass sozusagen dieses enge Verhältnis oder dieses kurzlebige und schnelle Verhältnis jetzt tatsächlich durch diese große Gefahr heraufbeschworen wird und es wird in anderen Politikfeldern im Guten, wie im Schlechten sich auch wieder zurückfahren lassen. Also wenn man sich jetzt die Klimaforschung anguckt, dann könnte man denken, die Gefahren sind da nicht geringer und trotzdem hat die

Klimaforschung nicht denselben Effekt, auf ein sofortiges Umsteuern der Politik, wie es jetzt eben die Medizin hat, in der Beobachtung dieser Pandemie. Das müsste man sich politikwissenschaftliche noch mal angucken, warum es eigentlich gelingt, bestimmte Themen, wie jetzt diese Pandemie, so umfassend handlungsleitend werden zu lassen, wie es keinem anderen Problem vorher gelungen ist oder keinem, der ein anderes Problem in den Vordergrund gehoben hat. Darüber wird auf jeden Fall zu sprechen sein. In der gestrigen Bundestagsdebatte wurden ja auch einige Vergleiche zu anderen Politikfeldern gezogen, die ich hier nicht wiedergeben möchte, aber die Relativierung anderer Politikbereiche wird sicherlich auch dauerhaft ein Thema bleiben. „Wenn ihr das jetzt gemacht habt, warum macht ihr nicht auch das und das.“

WIARDA: Wir haben gerade die Bundestagsdebatte zum neuen sogenannten Wellenbrecher Shutdown angesprochen, der den November über laufen soll. Ich würde gern einen Augenblick das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik beiseite lassen und das Verhältnis zwischen Bund und Ländern ansprechen, weil das auch eines ist, was sich natürlich jetzt in der Pandemie gewandelt hat. Wir sehen das daran, dass es dann regelmäßige Runden gab zwischen Bundeskanzlerin und Ministerpräsidentinnen, Ministerpräsidenten, wo dann plötzlich Regeln vereinbart wurden, für die eigentlich der Bund gar nicht zuständig ist, trotzdem hat die Kanzlerin Druck gemacht und durchaus erfolgreich. Was passiert da grade? Und wie dauerhaft ist das?

DOBNER: Also es gibt ja mehrere Verschiebungen. Es ist die Verschiebung von Bund und Ländern. Es ist eine Verschiebung von Regierung und Parlament, das wird ja vom Parlament hart kritisiert. Es ist eine Verschiebung einzelner Ministerien gegenüber anderen, insbesondere des Gesundheitsministeriums. Und es ist auch eine Verschiebung und Entmachtung partiell des Bundesrates zu sehen. Also ich glaube ja, da ist alles in allem finden unter dem Druck der Verhältnisse oder im Rahmen der Verhältnisse einige Machtverschiebungen statt. Auch solche, die vielleicht schon angelegt waren, also dass das Parlament relativiert wird in seiner Entscheidungshoheit, ist ein Prozess, der fängt nicht im Januar diesen Jahres an, sondern das sind Prozesse, die wir in der Politikwissenschaft schon lange beobachten und kritisch beobachten. Der Versuch sozusagen Kompetenzen in die Exekutive zu ziehen ist auch nicht neu, kriegt jetzt hier nur neuen Schub, wie in jeder Krise eine solche Verlagerung zur Exekutive, begründet oder nicht begründet, zu beobachten ist. Und in der Bund-Länder-Frage, da haben wir ja ein Ringen beobachtet. Also am Anfang waren die Länder ja noch sehr, sehr stark in ihrem Versuch, also zu stark auch teilweise, absurd stark teilweise, in eigenen Geboten, in eigenen Verboten auf Landkreisebene und so weiter, das Beherbergungsverbot zum Beispiel. Also, letztendlich

was mit dem Infektionsschutzgesetz passiert ist, also mit der Veränderung des Infektionsschutzgesetzes im März dieses Jahres hat das ein bisschen wieder auf gesichertere Füße gestellt. Insofern ist dieser Schritt nach meinem Rechtsverständnis, aber ich bin keine Juristin, durchaus abgesichert. Aber da sehen wir eine Verschiebung, ja. Und was davon übrigbleiben wird, muss man dann sehen. Und ob sich das auf andere Felder überträgt, wird man auch dann sehen müssen. Undenkbar wäre ja, dass jetzt durch die Pandemie eben auch zum Beispiel Bildungsfragen im Anschluss in den Vordergrund geschoben werden, die dann eine zweite Welle von Kompetenzen an den Bund nach sich ziehen könnten, weil man sagt, hier ist jetzt so viel Schräglage entstanden in den Bildungsverhältnissen, dass wir das nicht mehr einfach den Kultusministern überlassen können. Das ist aber jetzt wirklich Spekulation, aber eine denkbare Entwicklung in der Zukunft.

WIARDA: Unser Gespräch ist Teil eines Interviewprojekts, fünf Gespräche Wissenschaften in Zeiten der Pandemie und am Ende jedes Gesprächs stelle ich den Wissenschaftlerinnen, den Wissenschaftlern die eine selbe letzte Frage und die lautet, was haben Sie persönlich durch die Pandemie für Ihre Forschung gelernt, was Ihnen vorher noch nicht klar war, Frau Dobner.

DOBNER: Ich glaube, die Geschwindigkeit, mit der sich Verhältnisse ändern können und sich auch politische Verhältnisse verändern können, ist etwas, was es zu berücksichtigen gilt. Also ganz konkret, ich habe ein Forschungsprojekt zu Indien, Wasser in Indien, Wasserfragen, und ich beobachte in meinem Forschungsfeld, wie sich dort durch die Pandemie dramatisch Verhältnisse noch mal verschlechtert haben. Einfach weil Hygiene, Wasser und Pandemie eben enge Zusammenhänge bilden. Und ich sehe aber auch, dass unser Forschungsprozess völlig unterbrochen ist und möglicherweise nie zu Ende geführt werden kann, weil wir gar nicht mehr nach Indien kommen. Also es ist auch denkbar, dass wir eine neue Regionalisierung von Wissenschaften erfahren werden, weil wir nicht mehr in der Art und Weise wie wir das noch letztes Jahr konnten durch die Welt reisen können, Dinge vor Ort uns angucken können. Und das heißt, wir werden auch nach neuen Erkenntnisweisen suchen müssen, jedenfalls in den Feldern, in denen wir bisher sehr viel vor Ort beobachtet haben, viel Feldforschung gemacht haben, weil es möglicherweise ein Innehalten, vielleicht auch ein Rückschreiten der Globalisierung gibt, was, glaube ich, auch nach dem Ende dieser Pandemie nicht einfach wieder auf einen sozusagen vor Pandemie-Zustand sich zurückfahren lässt.

WIARDA: Wir merken an vielen Stellen, es passieren drastische, dramatische Veränderungen. Wir wissen nur oft noch nicht genau, wohin sie uns führen werden. Ganz herzlichen Dank, Frau Dobner.

DOBNER: Danke auch.

Jan-Martin Wiarda sprach mit Petra Dobner, Professorin für Systemanalyse und vergleichende Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.